



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Der Sieg der Realpolitik Seitdem wir die Berichte von Lepsius im Reichsboten über die armenischen Greuel im Wortlaute kennen, ist unsre Hochachtung vor der von aller Empfindsamkeit und allen „ideologischen“ Anwandlungen freien realpolitischen Gesinnung der deutschen Presse und ihres Publikums noch bedeutend gestiegen. Eine planmäßige Christenverfolgung mit Zwangsbekehrungen, auf der Folter erpreßten Geständnissen, Zerstücklung lebender Menschen, Abschachtung von tausenden von Menschen und Verstoßung von mehreren hunderttausenden ihres Eigentums beraubten ins Elend, und darüber als über eine ganz gleichgiltige und selbstverständliche Sache kein Wort verlieren — alle Wetter! das nennt man Nervenstärke, das nennt man Römerhärte! Wir erwarten nun aufs bestimmteste, daß aus den Lehrbüchern der Weltgeschichte, aus den Unterhaltungsschriften fürs Volk und aus den Familienblättern gewisse auf veralteten Anschauungen beruhende Darstellungen, die die Jugend an der jetzt herrschenden Moral irre machen könnten, so bald wie möglich ausgetilgt werden. So ziemt es sich z. B. ganz und gar nicht, die spanische Inquisition in einer Weise zu behandeln, daß dadurch der Schüler zu einem Verdammungsurteile darüber angeleitet wird. Den Morisken und Juden ist in Spanien nichts anderes geschehen, als den Armeniern heute in der Türkei geschieht, nur daß das Verfahren dabei geordneter war, und daß selbst nach Florente die Zahl der von der Inquisition im Zeitraum von dreihundert Jahren verbrannten noch nicht so groß ist wie die Zahl der Armenier, die jetzt in einem halben Jahre abgeschlachtet worden sind. Auch widersprechen solche Verurteilungen politischer Maßnahmen der Vergangenheit ganz und gar dem heiligen Grundsatz der Nichtintervention; könnten sich doch vorwizige Köpfe durch die an den Gesetzen und Maßregeln von Regierungen alter Zeiten geübte Kritik verleiten lassen, die gegenwärtigen Regierungen anderer Staaten zu kritisieren und dadurch Einmischungsgelüste zu erregen. Die Einmischung ist nur erlaubt, wenn der Friede Europas und das Gleichgewicht dieser ein wenig wackligen Dame in Gefahr geraten oder wenn ihr ans Herz gegriffen wird, weshalb wir uns nicht wundern dürfen, daß der Telegraph auf einmal gesprächig wird, wenn Armenier, um das Einschreiten der Großmächte zu erzwingen oder, wie vielfach vermutet wird, Agenten der türkischen Regierung auf die ottomanische Bank, also ein Stückchen vom Herzen Europas, ein Attentat unternehmen.

Einigermassen gespannt waren wir darauf, wie sich die Katholikenversammlung in Dortmund den armenischen Greueln gegenüber verhalten würde. Als Vertreterin des Katholizismus, der ihrer Auffassung nach das allein echte Christentum ist, war sie eigentlich zum Idealismus verpflichtet, und die Versammelten scheinen das auch anerkannt zu haben, wenigsten haben sie sich vom kölnischen Weihbischof Dr. Schmitz eine sehr schöne Rede über die Bedeutung der Kirche für die idealen Güter der Gesellschaft halten lassen. In der That ist denn auch, wie wir in einem Berichte lesen, eine die armenischen Greuel verurteilende und die Gleichgiltigkeit der christlichen Mächte dagegen beklagende Resolution beantragt worden. Aber über das Schicksal dieses Antrags haben wir dann weiter nichts gefunden, und sollte er angenommen worden sein — in der Sintflut von Resolutionen, die sich in Dortmund ergossen hat, könnten wir die eine leicht übersehen haben —, so hätte er doch gar keine Rolle gespielt; eine Rede ist nicht darüber gehalten worden. Uns will es nun scheinen — wir werden ja mit unsrer Weisheit von den hochweisen Politikern der Zentrumsparthei, die es zur Herrschaft im

Reiche gebracht haben, nur ausgelacht werden — uns will es scheinen, als ob für eine kirchliche Versammlung, noch dazu eine, die sich ihrer Katholizität als ihres höchsten Ehrentitels rühmt, vor den großen Ereignissen im Orient alle die kleinen Alltagsorgen, mit denen sich Katholikenversammlungen zu beschäftigen pflegen, hätten zurücktreten müssen. Man hätte sich doch an den Papst Urban und an das hunderttausendstimmige „Gott will es!“ zu Clermont erinnern müssen. Allerdings handelte es sich damals um die heiligen Stätten, aber die Schilderung der Leiden der Christen im heiligen Lande und die Erkenntnis, daß einem Entscheidungskampfe zwischen Christentum und Islam nicht auszuweichen sei, haben doch wesentlich zur Erzeugung der Stimmung beigetragen, aus der die Kreuzzüge hervorgegangen sind. Der Katholikenversammlung zu Dortmund bot sich also die Gelegenheit, ja sie drängte sich ihr auf, katholische Politik im größten Stile zu machen und das Andenken an die ruhmreichsten Zeiten der Kirche zu erneuern. Auch wäre das doch einmal eine Abwechslung gewesen. Denn die übrigen Sachen, die seit der Beendigung des Kulturkampfes die Tagesordnung ausfüllen und sich regelmäßig wiederholen: die schlechte Presse und die Verderbnis der Jugend und der gottlose Zeitgeist und der böse Liberalismus und der sozialdemokratische Schwindel, sind ja alle recht schön, oder vielmehr die Reden, die darüber gehalten werden, sind recht schön, aber alle Welt kann diese Reden längst auswendig, und das muß, scheint uns, auf die Dauer langweilig werden. Und einzelne der stereotypen Themata fangen schon an, recht unbequem zu werden, wie die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes, die man der Hauptsache nach im dunkeln Schoß einer verschwiegne Kommission abfertigt, während man im Plenum ganz am Ende der Verhandlungen, wo die Aufmerksamkeit der Zuhörer wie die der Zeitungsleser schon ermüdet ist, mit ein paar tönenden Verlegenheitsphrasen darüber hinwegschlüpft. Aber, wie gesagt, die Herren werden uns auslachen. Sie wissen wohl, was sie thun. Sie sind, wie alle Welt jetzt, Realpolitiker, und sie fahren sehr gut dabei. Sie werden sich hüten, eine Volksbewegung zu erzeugen, die möglicherweise der Regierung, mit der sie es um keinen Preis verderben möchten, Verlegenheiten bereiten könnte. Da ist es weit nützlicher, das Thema von der Parität breitzutreten und darüber zu klagen, daß in Preußen der Katholik höchstens noch Nachwächter werden könne. Das überzeugt jeden Katholiken, der Söhne hat, aufs neue von der Notwendigkeit, dem Centrum treu zu bleiben, das in dieser für jeden katholischen Familienvater wichtigsten aller Angelegenheiten allein Wandel schaffen kann, eine Regierung aber, in der die Spitze und einige wichtige Glieder katholisch sind, fühlt sich durch diese Agitation nicht getroffen, also auch nicht beleidigt.

Wir sind weit entfernt davon, die Verdienste zu bestreiten, die sich der Katholizismus um unser Volk erwirbt. Die Einwirkungen des Kultus und der Seelsorge auf eine der überwiegenden Mehrzahl nach gut kirchliche Masse, die zahlreichen Berufsvereine, ein Volksverein, der 178000 Mitglieder zählt und in vier Jahren neun Millionen Druckschriften verteilt hat, 24 Volksbüreaus, die lebhafteste Teilnahme humaner und intelligenter Fabrikanten an der sozialen Thätigkeit der katholischen Kirche und der Centrumspartei, die zahlreichen Wohlthätigkeitsvereine und Ordensniederlassungen, das alles muß nicht allein die politische Macht des Katholizismus vermehren, die sich ganz von selbst und unvermeidlich in materielle Vorteile für die Katholiken und namentlich für ihre Führer umsetzt, sondern es muß auch verständig und sozial versöhnend wirken, manches Elend mildern und zur Hebung der untern Klassen beitragen. Auch ist es keine gering anzuschlagende Leistung, daß die Centrumspartei die Gefahr des Zerfalls, die ihr von dem auch in ihrem Schoß

gährenden Interessengegensatz droht, bis jetzt zu überwinden vermocht und dadurch den gänzlichen Zerfall unsers Volkes in vier oder fünf Parteien, die nichts weiter als reine Interessenvertretungen sein würden, noch aufgehalten hat. Allein das läßt sich doch nicht verkennen: in dem Gemisch idealer und materieller Interessen, das jede kirchliche Bewegung erfüllt, spielen die zweiten durchaus keine untergeordnete Rolle, und ihre geschickte Benutzung zur Beherrschung und Leitung der Massen bildet ein glänzendes Zeugnis für die realpolitische Befähigung der Zentrumsführer.

Das Vagabundentum im Handwerk. Unverschuldete Arbeitslosigkeit ist für einen thatkräftigen und arbeitsfreudigen Menschen das Schrecklichste, was ausgedacht werden kann. Sie und die daraus folgende Erwerbslosigkeit nach Möglichkeit zu verringern, ist eine der brennendsten Fragen der Gegenwart. Bevor sie aber mit Erfolg bekämpft werden kann, sind erst noch einige Vorfragen zu erledigen. Hierzu gehört vor allem die Beseitigung der Neigung zur Arbeitslosigkeit, umherzuziehen oder kurz: die Unterdrückung des Vagabundentums. Alle bisherigen Versuche, diese Erscheinung zu beseitigen, sind erfolglos gewesen. Nach den Erfahrungen, die der Verfasser in seinem Heimatkreise gemacht hat, gehören weit über drei Viertel aller mittellosen Wandrer dem Handwerkerstande an. Diese Erfahrung dürfte ohne Bedenken zu verallgemeinern sein, da das Vagabundentum durch die Natur der Sache nicht etwas lokales, an einen bestimmten Bezirk gebundenes ist. Eine Schätzung der Gesamtzahl der ihm verfallenen kann sich nur in unbestimmten Vermutungen bewegen. Erst eine genaue Statistik würde den Umfang dieses sozialen Leidens bestimmt erkennen lassen.*) Mit ihr würden die Maßregeln zur Bekämpfung des Vagabundentums einzuleiten sein. Bestätigt sich die Annahme, daß bei weitem der größte Teil aller Landstreicher Handwerksgefallen sind, so muß weiter nach der Ursache dieser auffallenden Erscheinung gesucht, es muß also gefragt werden: wie kommt es, daß gerade die Handwerksgefallen die Neigung haben, sich auf die Landstraße, in der Zeit der Eisenbahnen auf die Wanderschaft zu Fuß, zu begeben? Diese Ursache wird wohl in der noch jetzt herrschenden Sitte der Umschau liegen. Nach dieser Sitte erscheint jeder auswärtige Handwerksgefellere berechtigt, bei den Meistern seines Gewerbes nach Arbeit nachzufragen und erhält, wenn keine Arbeit daist, ein kleines Geldgeschenk, den sogenannten Meistergrotschen. Die Umschau stammt aus der Zeit der Zünfte, wo jeder Geselle, ehe er sich als Meister niederlassen durfte, mehrere Jahre wandern mußte. Sie erscheint unsern Verhältnissen nicht mehr entsprechend, da sich der Geselle, der die Vielseitigkeit des Handwerks kennen lernen will, leicht und ohne große Kosten mit der Eisenbahn nach einem andern Orte begeben kann. Weshalb begiebt sich noch heute der arbeitslose Geselle auf die Wanderschaft? Entweder weil er Arbeit suchen will, oder weil er nicht arbeiten will. In letzterem Fall ist die Neigung zum Wandern besonders stark, weil der in festen, geordneten Verhältnissen bleibende Arbeitsscheue als solcher bald erkannt wird und der Verachtung seiner Mitbürger, ja sogar gerichtlicher Bestrafung wegen Arbeitsscheu anheimfällt. Ist jemand erst

*) Die Statistik ließe sich ohne große Mühe beschaffen. Es müßte periodenweise, z. B. jeden Monat oder jedes Vierteljahr an einem bestimmten Tage, die Zahl der wegen Bettelns und Landstreichens in den Gefängnissen und Arbeitshäusern befindlichen heimatlosen Personen festgestellt und gleichzeitig ermittelt werden, wie viel arbeitslose Personen an demselben Tage in Verpflegungsstationen, Herbergen, Arbeiterkolonien und ähnlichen Anstalten, sowie in Polizeigefängnissen untergebracht worden sind und weiter, wie viel davon Handwerksgefallen, ländliche und städtische Arbeiter, Dienstboten und Kaufleute waren.

auf der Wanderschaft, dann ist bei dem steten Wechsel seines Aufenthalts die Ursache, die ihn zum Wandern treibt, nicht festzustellen. Aber sowohl der arbeitslustige wie der arbeitscheue Geselle bekommt bei dieser Umschau den Meistergroßchen und dadurch die Mittel, sich ohne Arbeit und Verdienst durch Vermittlung der Herbergen und ähnlicher Anstalten Unterhalt und Verpflegung zu verschaffen. In nicht ganz kleinen Städten bekommt er so viel, daß er dort mehrere Tage bleiben und sich auch Luxusausgaben, z. B. für Bier und Branntwein, gestatten kann.

Das Wanderleben bringt für den arbeitslustigen Gesellen große Gefahren mit sich: er gewinnt den Müßiggang und die stete Abwechslung lieb, er verlernt das Stillsitzen und das feste Arbeiten, seine Kleidung verlummt, seine Gesinnung verlummt, sodaß er endlich nicht mehr bloß bei den Meistern seines Gewerbes um Arbeit, sondern auch bei andern Leuten um Gaben anspricht, d. h. bettelt, und der Vagabund im technischen Sinn ist fertig. Wie viel tausend fleißige und tüchtige Gesellen mögen jährlich so, bei Arbeitsverlust durch die Umschau auf die Landstraße gelockt, zu Vagabunden herabsinken!

Darum ist es dringend notwendig, durch Verbot und Bestrafung der Umschau die Wanderlust der Handwerksgefallen zu verringern. Es erscheint uns unbedenklich, die Umschau der gleichen Strafe zu unterwerfen wie das Betteln, selbstverständlich nur von auswärtigen Gesellen. Daß sich ein arbeitslos gewordener Geselle bei den Meistern seines Wohnorts persönlich um andre Arbeit bewirbt, erscheint im Interesse der Seßhaftigkeit der Gesellen durchaus angemessen und wünschenswert, solange noch kein zentralisierter Arbeitsnachweis am Orte eingeführt ist.

Die Umschau kann aber nur verboten werden, wenn zur Erreichung ihrer Zwecke den wandernden Gesellen ein Ersatz gegeben wird. Da der Zweck der Umschau ein doppelter ist: zu erfahren, ob Arbeit vorhanden ist, und die zum Leben notwendigen Mittel zu erhalten, muß auch in zweifacher Beziehung Ersatz geschafft werden.

Zunächst müßte den Gesellen durch Zentralisierung des Arbeitsnachweises Gelegenheit gegeben werden, zu erfahren, ob Arbeit für ihr Fach vorhanden ist oder nicht. Eine solche Einrichtung müßte den wandernden Gesellen eigentlich angenehm sein, da ihnen ein einziger Gang die Kenntnis verschaffen würde, die sie bisher nur durch mühsames Auffuchen aller Meister ihres Gewerbes erhalten konnten. Wir fürchten freilich, daß den meisten Wandrern der Arbeitsnachweis sehr unangenehm sein würde, weil ihnen dadurch der Vorwand für das Umherlaufen von Haus zu Haus genommen würde.

Zweitens müßte den mittellosen Wandrern die allernotwendigste Verpflegung gewährt werden, aber nur so lange, als es notwendig wäre, einen bestimmten Bezirk, z. B. einen Kreis zu durchwandern und die darin bestehenden Arbeitsnachweise aufzusuchen. Wie das zu machen wäre, müßte den einzelnen Kommunalverbänden als Teil der Armenpflege überlassen werden. Jedenfalls müßte zur Vermeidung von Mißbrauch die Gewährung von Geldgeschenken möglichst vermieden und hierdurch sowie durch Beschränkung auf das Notwendigste in dem Wanderer das Bestreben erweckt werden, möglichst bald wieder in feste und geordnete Verhältnisse zu kommen.

Die Frage, wie der Arbeitsnachweis einzurichten sei, berührt sich mit zahlreichen praktischen Versuchen, die teils von Gemeinden, teils von Vereinen in den letzten Jahren unternommen worden sind.*) Öffentlich werden die Versuche recht

*) Näheres hierüber giebt Dr. Freund in Berlin in dem Jahresbericht des Berliner Zentralvereins für Arbeitsnachweis über das Jahr 1895.

bald den besten Weg zur Lösung dieser Frage zeigen und die allgemeine Einrichtung von Arbeitsnachweisen herbeiführen. Im allgemeinen bemerken wir, daß sich der Arbeitsnachweis nicht nur auf das Handwerk beschränken darf, sondern die Vermittlung von Arbeit jeder Art umfassen muß, damit dem Arbeitslosen auch außerhalb seines Faches Arbeit geboten werden kann. Auch wird das Bestreben, möglichst feste Verhältnisse zu schaffen und die Gefahren der Freizügigkeit zu verringern, dahin führen, bei angemeldeter Arbeit stets die am Orte oder im Bezirke wohnhaften Arbeiter zu bevorzugen und zugereifte Fremde nur aus Hilfsweise zu berücksichtigen. Bei der vielfachen Abneigung der Arbeitgeber, sich dem Arbeitsnachweis anzuschließen, wird ferner für diese ein Zwang zur Anmeldung von Arbeit einzuführen sein.*)

Endlich dürften die Arbeitsnachweise eines bestimmten Bezirks einer Zentralstelle unterzuordnen sein, von der aus nicht am Orte gedeckte Bedürfnisse von Arbeitsangebot und Nachfrage ausgeglichen werden könnten. Selbstverständlich dürften die Arbeitsnachweise für Arbeitgeber wie Arbeiter in keiner Weise einen Zwang zur Annahme bestimmter Arbeiter oder bestimmter Arbeit ausüben, sondern beiden Teilen müßte völlig freie Wahl gesichert bleiben.**)

Wäre durch die angedeuteten Maßregeln der Wandertrieb der Handwerksgesellen unterdrückt, so würde das jetzt oft sehr lose Band zwischen Meistern und Gesellen wieder mehr befestigt werden. Der Geselle würde sich wohl hüten, eine Arbeitsstelle aufzugeben, ehe er sich eine andre Stelle gesichert hätte, wenn die Zeit des fröhlichen Wanderns mit dem Meistergroßchen vorbei wäre. Erst dann aber werden die Gemeinden in sachgemäßer Weise der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not entgegenwirken können.

Die Mennoniten und der Kriegsdienst. In dem Aufsatz „Zur Duellfrage“ im 30. Heft sagt Herr C. v. S. an einer Stelle: „Wäre es anders, dann müßten wir die Lehre der Mennoniten annehmen und uns auch dem Kriegsdienst gänzlich ver sagen.“ Diese Äußerung entspricht den Anschauungen weiter Kreise, die von der „Lehre“ der Mennoniten weiter nichts wissen, als was sie durch Wildenbruchs „Menonit“ davon erfahren haben. Nun giebt aber Wildenbruch keineswegs eine genaue Schilderung der mennonitischen Verhältnisse; gerade von

*) Ob es praktisch wäre, diesen Zwang auch für die Arbeitgeber der Großindustrie einzuführen, ist zweifelhaft, weil deren Bedürfnisse vielfach die Verhältnisse eines lokalen Arbeitsnachweises weit übersteigen und sie daher auf andre Mittel (wie Zeitungsinserte in großen Blättern) zur Deckung des Bedürfnisses an Arbeitern angewiesen sind.

**) Für den Kreis Grünberg in Schlesien ist im Anfang dieses Jahres der Versuch gemacht worden, durch einen Verein und durch die erwähnten Maßregeln dem Vagabundentum entgegenzutreten. Die Handwerksmeister in der Stadt haben den Meistergroßchen abgeschafft. Hierdurch ist in der Stadt die Umschau unterbunden worden und damit die Hausbettelei ziemlich verschwunden. Die Bewohner des platten Landes haben vor den Vagabunden und vor Brandstiftung durch sie so große Angst, daß sie sich vorläufig nicht dazu entschließen können, ihnen eine Gabe zu verweigern. Von den auf Kosten des Vereins in den ersten fünf Monaten seines Bestehens verpflegten 1066 mittellosen Wandernern waren 923, also über 86 Prozent, Handwerksgefelln. Ein großer Teil von ihnen war seit mehreren Monaten ohne Arbeit und auf der Landstraße. Viele von ihnen weigerten sich, die angemeldete Arbeit aufzusuchen, ein Zeichen, daß sie nicht die ernstliche Absicht hatten, Arbeit zu erhalten. Wohl aber gaben viele ihrem Unmute darüber Ausdruck, daß sie von den Meistern nichts mehr erhielten. Einen durchschlagenden Erfolg können aber die Bestrebungen des Vereins nur haben, wenn sie auf einen größern Bezirk ausgedehnt werden. Die Erfahrungen zeigen, wie notwendig die allgemeine Abschaffung der Umschau ist.

mennonitischer Seite sind gegen seine Schilderung entschieden Einwendungen erhoben, und unter der Regierung des Kaisers Friedrich ist sogar der Versuch gemacht worden, ein Verbot der Aufführung des Dramas zu erwirken. Aber selbst wenn Wildenbruchs Schilderung richtig wäre, so wäre es doch verfehlt, die Verhältnisse zu Anfang dieses Jahrhunderts — das Drama spielt zur Zeit der Freiheitskriege — einfach auf die Gegenwart zu übertragen.

Die hier in Betracht kommende „Lehre“ der Mennoniten ist weiter nichts als das fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten.“ Dieses Gebot legen die Mennoniten streng und zwar dahin aus, daß es auch nicht gestattet sei, auf Geheiß des Landesherrn, im Kriege, einen Menschen zu töten. Deshalb haben sie sich auch bis vor nicht langer Zeit vom Kriegsdienst zu befreien gesucht. In Deutschland haben die wenigen Staaten, in denen es überhaupt Mennoniten giebt — und es giebt im ganzen etwa 13000 bis 14000, die hauptsächlich in Ost- und Westpreußen, Schleswig, Hamburg, Altona, Ostfriesland, der Rheinprovinz und der bairischen Pfalz wohnen — diesen religiösen Ansichten Rechnung getragen. Das Privileg der Befreiung vom Kriegsdienst wurde aber ausgeglichen durch Heranziehung zu besonders Steuern, Beschränkung im Erwerb von Grundeigentum und Ausschluß vom Staatsdienst. Die einschlägigen preussischen Gesetze finden sich in dem Gnadenprivileg vom 29. März 1780, in dem Edikt vom 30. Juli 1789 (siehe Provinzialrecht für Westpreußen, § 22, Gesetzsammlung 1844, S. 106), in der Kabinettsordre vom 16. Mai 1830 (Gesetzsammlung 1830, S. 82) und in dem Allerhöchsten Erlaß vom 24. Juni 1867 (Gesetzsammlung S. 1509). Aber schon gegen die Mitte unsers Jahrhunderts ließen die Mennoniten allmählich ihre Bedenken gegen den Kriegsdienst fallen, und als ihre Befreiung von der persönlichen Erfüllung der Wehrpflicht dann auch gesetzlich (durch das Bundesgesetz betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 9. November 1867) aufgehoben wurde, wurde das ziemlich gleichgiltig aufgenommen. Die preussische Allerhöchste Ordre vom 3. März 1868 bestimmte zwar, daß die Mitglieder der ältern Mennonitenfamilien, wenn sie sich nicht freiwillig zum Waffendienst bereit erklärten, zur Ableistung ihrer Militärdienstpflicht als Krankenwärter für die Lazarette, als Schreiber für die Landwehrbezirkskommandos, als Ökonomiehandwerker und Trainsfahrer auszuheben wären, doch haben die Mennoniten nur in seltenen Fällen davon Gebrauch gemacht. Der vor kurzem von den Tagesblättern mitgeteilte Fall, daß sich ein Mennonit als Rekrut geweigert habe, ein Gewehr in die Hand zu nehmen, scheint dafür zu sprechen, daß die Ordre vom 3. März 1868 schon in Vergessenheit geraten ist. An dem Feldzuge 1870/71 hat eine ganze Anzahl von Mennoniten teilgenommen, und seitdem haben sie fast alle, wenn sie ausgehoben wurden, mit der Waffe gedient.



Berichtigung. Auf Seite 440 und 441 dieses Heftes bitten wir noch ein paar Druckfehler zu berichtigen: statt *foren Ordensskyld* muß es heißen: *for en Ordens skyld*, und die erwähnte Flensburger Zeitung heißt: *Westflensvigs Tidende*.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig